



Siemens-Zug in  
Russland. Bahn-  
projekte bieten  
Chancen.

# Langer Zwangshalt

**Politik.** Die Wirtschaftssanktionen der EU und der niedrige Ölpreis beeinträchtigen die deutschen Exporte nach Russland. Allerdings ist die Talsohle im bilateralen Handel anscheinend erreicht.

**K**aum ein Thema ist in der deutschen Wirtschaft so umstritten wie die Sanktionen der EU gegen Russland. Fast drei Jahre ist es nun her, dass sich die EU als Reaktion auf die Annexion der Krim und die russische Intervention in der Ostukraine zu diesen Strafmaßnahmen entschlossen und ihre Aufhebung an eine Befriedung der Ukraine gekoppelt hat. Doch der Krieg in der Ostukraine geht weiter. Mehr als 10 000 Menschenleben hat er nach Angaben

der UN bislang gefordert. Da eine Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Beilegung des Konflikts auf sich warten lässt, hat die EU am 15. Dezember die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli verlängert.

Die Sanktionen betreffen den Finanz-, Energie- und Verteidigungssektor sowie Dual-Use-Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Ebenso wird die Belieferung Russlands mit sensiblen Technologien der Erdölförderung begrenzt. Für elf russische Banken, Energie- und Rüstungsunternehmen ist der Zugang zu den Kapitalmärkten der EU beschränkt. Zudem wurden Visumverbote gegen 152 Personen verhängt und ihre Vermögenswerte in der EU eingefroren.

Die Verlängerung der Maßnahmen hat jedoch nicht nur Unter-

stützer. So kritisierte Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft: „Diskussionen über neue Sanktionen und protektionistische Maßnahmen belasten die vorsichtige Erholung des Handels.“

Seit dem Rekordjahr 2013 hat sich das deutsch-russische Handelsvolumen von 80 auf 52 Milliarden Euro im vergangenen Jahr verringert. Die Exporte haben sich seit 2012 sogar nahezu halbiert. Russland lag 2015 nach Angaben des Statistischen Bundesamts nur noch an 16. Stelle der wichtigsten Absatzmärkte mit einem Anteil an den Exporten von 2 Prozent.

Immerhin: Der Ost-Ausschuss sieht ein Ende des Negativtrends. In den ersten zehn Monaten 2016 gingen die deutschen Exporte nach Russland um lediglich 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr

zurück und erreichten 18 Milliarden Euro. „Die Zahlen geben Anlass zur Hoffnung, dass der deutsch-russische Handel die Talsohle langsam durchschreitet“, so Harms. Deutsche Firmen liefern vor allem Maschinen, Fahrzeuge und -teile, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen nach Russland. Von dort werden überwiegend Öl und Gas bezogen.

### Investoren gegen Sanktionen

Die Folgen der EU-Sanktionen für die deutsche Wirtschaft insgesamt halten sich in Grenzen. Nach Berechnungen von Wissenschaftlern der Universitäten Bremen und Leipzig liegen die Produktionsverluste kumuliert über die Jahre 2014 bis 2016 bei 0,15 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts

(BIP). Die Hersteller unmittelbar sanktionierter Warengruppen, insbesondere der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Erzeuger von Eisen und Stahl, seien jedoch stärker betroffen, so Jutta Günther, Maria Kristalova und Udo Ludwig in ihrer Analyse. Der Fahrzeugbau verlor etwa in den vergangenen Jahren knapp 3,3 Milliarden Euro.

Die überwiegende Mehrheit der in Russland aktiven deutschen Firmen spricht sich für eine Aufhebung der Sanktionen aus, wie aus der aktuellen Umfrage der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer hervorgeht. 46 Prozent der Befragten forderten, die Maßnahmen sollten sofort aufgehoben werden, auch wenn das Minsker Abkommen noch nicht vollständig umgesetzt sei. 40 Prozent sind für eine schrittweise Abschaffung. Nur 14 Prozent

sind der Ansicht, dass Russland erst seine Verpflichtungen nach dem Minsker Abkommen erfüllen müsse. Sogar 90 Prozent meinen, dass die EU die mit den Sanktionen verfolgten politischen Ziele nicht erreiche. „Die deutschen Unternehmen sind lange auf dem Markt und haben die Situation nicht verursacht“, wirbt Andreas Metz vom Ost-Ausschuss um Verständnis. „Nicht alle sind Trojansche Pferde oder Putin-Versteher.“

### Löhne jetzt auf China-Niveau

Allerdings ist nur etwas mehr als die Hälfte der befragten Firmen von den EU-Sanktionen und den russischen Gegensanktionen betroffen. 27 Prozent gaben hier die Finanzmarkteinschränkungen, 26 Prozent die Dual-Use-Bestimmungen und 17 Prozent den Einfuhrstopp für Lebensmittel an, den Moskau als Gegensanktion verhängt hat. Im Laufe der Krise ist die Zahl der deutschen Firmen in Russland von 6000 auf 5600 zurückgegangen. Aber die verbliebenen deutschen Investoren wollen mit 91 Prozent an dem Markt festhalten, so die AHK-Umfrage.

Immerhin legen die deutschen Investitionen in Russland wieder zu. Im ersten Halbjahr 2016 flossen nach Angaben der Deutschen Bundesbank 1,7 Milliarden Euro in die Gebiete zwischen Sankt Petersburg und Wladiwostok. Vorzeigeprojekt ist die geplante Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Moskau und der tatarischen Republikhauptstadt Kasan. Außerdem errichtet Daimler eine Fertigung in der Nähe von Moskau für 200 Millionen Euro. Andreas Metz: „Der Hauptgrund, trotz der schwierigen politischen Situation nach Russland zu gehen, sind die Löhne. Sie sind in den ▶

**Andreas Knaul**, Managing Partner Russland und Kasachstan, Rödl & Partner Moskau



### „Firmen investieren und modernisieren“

**AUSSENWIRTSCHAFT:** Sollte die EU die Russland-Sanktionen verlängern?

**Knaul:** Ich verstehe die Sanktionen als politisches Zeichen, das die EU und die USA gegen den Völkerrechtsbruch Russlands gesetzt haben. Es ist ein ungeschicktes Mittel, weil damit andere bestraft werden als die, die den Rechtsbruch begangen haben. Die Sanktionen liefern eine Steilvorlage für die Propaganda Russlands. Die Nichtdurchführung der Reformen ist die Ursache für die Probleme der Wirtschaft. Dank der Sanktionen kann man das übertünchen.

**AW:** Wie wirken sich die Sanktionen auf die deutschen Unternehmen aus?

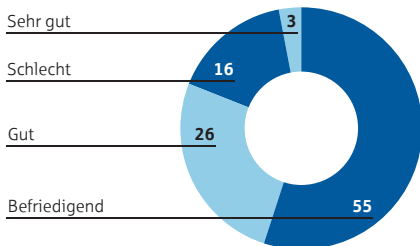
**Knaul:** 2016 waren sie kaum noch spürbar. Die Firmen haben keine Finanzierungsprobleme, sie investieren und modernisieren.

**AW:** Wie sollte die EU statt Sanktionen Ihrer Ansicht nach reagieren?

**Knaul:** Die Europäische Union sollte positiv auf Russland zugehen, mehr für die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit tun und die Visumpflicht abschaffen. Die EU sollte den Kreml und seine Propaganda sanktionieren.

## Positive Erwartung

Wie deutsche Firmen in Russland ihre Geschäftslage beurteilen.



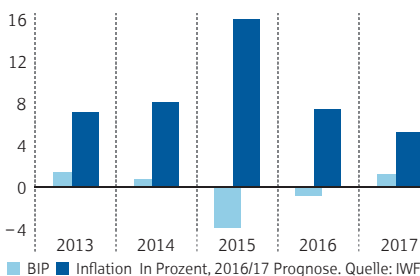
Angaben in Prozent. Quelle: AHK Russland

letzten zwei Jahren um 40 Prozent gefallen und bewegen sich jetzt auf chinesischem Niveau.“

Und: Die russische Wirtschaft wächst wieder. Ging das BIP 2015 um 3,7 Prozent und 2016 um 0,8 Prozent zurück, erwartet der IWF für das laufende Jahr wieder ein Plus von 1,1 Prozent. „Die bremsenden Effekte eines deutlichen Reallohnrückgangs oder höherer Importkosten laufen aus, sodass die Aussichten für 2017 besser werden“, so Ulrich Rathfelder, Russland-Kenner der Helaba. Es sei aber vor allem der stabilere Ölpreis, der die konjunkturelle Lage aufhelle. Dennoch, so schränkt der Experte ein: „Der alte, vor der Krise vorhandene Wirtschaftsboom durch hohe Öl- und Gaspreise sowie rasant zuneh-

## Raus aus dem Tal

Wie sich Wirtschaftswachstum und Inflation in Russland entwickeln.



Quelle: IWF

mende Konsumausgaben wird sich vorerst nicht wiederholen.“

Ein Problem sind laut Helaba die mangelhaften Rahmenbedingungen für private Investoren. Innerhalb von zehn Jahren habe sich der Anteil der staatlich kontrollierten Wirtschaft auf 70 Prozent des BIP verdoppelt. Rathfelder: „Die russische Aversion gegen die Privatwirtschaft ist sowohl Ausdruck einer verzerrten Vorstellung von Marktwirtschaft, in der angeblich allein die persönliche Bereicherung dominiert, als auch Ausdruck eines bisher unzulänglichen Rechtsstaats, ohne den aber eine private Marktwirtschaft nicht funktionieren kann.“

Der Ost-Ausschuss weiß, dass die Rückgänge im Handel nur teilweise auf die Sanktionen zurück-

zuführen sind. „Der Hauptgrund ist der Ölpreis. Er hat einen Anteil von 80 Prozent“, erklärte Metz beim Gajdar-Naumann-Forum im Dezember in Berlin. Die deutsche Wirtschaft sehe viele schon seit Jahren ungelöste Probleme in Russland mit Sorge. Dazu gehörten die mangelhafte Rechtssicherheit, staatliche Einmischung in das freie Unternehmertum und Protektionismus, kritisierte er. Hinzu kommen der anhaltende Reformstau, weitverbreitete Korruption und die abnehmende Kaufkraft der Russen.

## Staatliche Propaganda

Während Moskau die Sanktionen instrumentalisiert, um von eigenem Versagen abzulenken, werden die Gegensanktionen als Vorteil für Russlands Wirtschaft präsentiert. Unter der Losung der Importsubstitution wird der Bevölkerung suggeriert, die Wirtschaft werde sich besser entwickeln, wenn sie mehr Güter selbst herstelle. „Die Importsubstitution ist ein rein politisches Projekt“, kritisiert Jewgenij Gontmacher, stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Ein großes Problem seien technologisch hochwertige Erzeugnisse, deren Herstellung derzeit in Russland unmöglich sei. Es müssten Reformen wie in den 90er-Jahren durchgeführt werden, fordert der Professor. Es gebe jedoch keine qualifizierte Wirtschaftspolitik. Anstatt beispielsweise kleine und mittlere Firmen zu fördern, würden die großen Staatsbetriebe subventioniert. Gontmacher: „Wir haben jetzt eine Stagnation mit dem Potenzial zum Abschwung.“

Susanne Spahn **A**



**Die Autobauer** leiden unter den EU-Sanktionen. Einige wollen aber auch mehr in Russland investieren.